

Vereinigte Personalverbände des Kantons Zürich

Präsidentin
Rahel Bächtold
Rechtsanwältin
Grüngasse 31/Pf 1138
8026 Zürich
Tel. 043 377 66 88
Nat: 079 419 44 38
baechtold@ebsbs.ch

An die Medienschaffenden

Zürich, 7. Dezember 2006

Trauerspiel des Regierungsrates

Die Regierung gesteht mit dem heutigen Antrag an den Kantonsrat dem Personal inklusive Teuerungsausgleich lediglich 1.1 Prozent Lohnsummenzuwachs zu. Damit bleibt der Regierungsrat unter dem Antrag der Finanzkommission des Kantonsrates mit 1.3%. Mit diesem Vorschlag desavouiert die Regierung sowohl die Kommission des Kantonsrates als auch ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Forderung der Personalverbände nach dem regulären Stufenaufstieg wird damit zentral und der Kantonsrat aufgefordert, diesen im Budget mit 1.5 Prozent einzustellen.

Die Tatsache, dass der Kanton kein attraktiver Arbeitgeber mehr ist, anerkennt die Regierung selber sogar in ihrem ebenfalls heute verabschiedeten neuen Entlastungsprogramm E08 an.

Unter dem Motto «Subito rauf mit den Löhnen» hatten die Vereinigten Personalverbände des Kantons Zürich (VPV) den Ausgleich der Teuerung im Umfang von mindestens 0,5 Prozent gefordert sowie weitere 1,5 Prozent für Stufenanstiege und 0,8 Prozent für Beförderungen. Mithin eine Gesamtlohnsumme von 2,8 Prozent.

Leider hat der Grossaufmarsch von rund 3000 Staatsangestellten vor dem Zürcher Rathaus den Regierungsrat nicht zu einer substantiellen Nachbesserung des indiskutablen bisherigen Vorschlags bewogen. Er gesteht neu dem Staatspersonal für das kommende Jahr gerade mal 1.1 Lohnprozente mehr zu, Teuerung eingeschlossen. Dies ist für den VPV nicht akzeptabel

Der Wirtschaftskanton Zürich rangiert damit definitiv am Schluss aller öffentlichen Arbeitgeber. Dazu kommt, dass im Bezug auf die letzten 15 Jahre beim Personal noch immer ein Loch von 8.8% Prozent nicht ausgeglichener Teuerung in deren Lohntüten klafft. Überdies verweigert der Regierungsrat erneut den – ebenfalls gesetzlich verankerten – Stufenaufstieg. Dies bereits zum zwölften Mal seit Inkrafttreten der Personalverordnung im Jahre 1992.

Verband der Staatsangestellten - Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband - Kantonspolizeiverband - Assistenz- und Oberärzterverband - Verband der Pflegefachfrauen und -männer - Mittelschullehrerverband - Fachhochschuldozierendenverband - Berufsverband der Geriatrie-, Rehabilitations- und Langzeitpflege - Sekundarschullehrerverband - Gewerkschaft Syna - Pfarrerverein - Professorenschaft der Universität Zürich - Aktion Gesund Gesundheitspolitik

Mit dem heutigen Antrag spart der Kanton weiterhin vorwiegend auf dem Buckel der Staatsangestellten. Die Demonstration vom 24. November hat aber gezeigt, dass man Farbe bekennen muss. Und die VPV wird Farbe bekennen. Die nächsten Kantons- und Regierungsratswahlen stehen im Frühjahr an – und Wahltag ist Zahltag!

Die Tatsache, dass der Kanton kein attraktiver Arbeitgeber mehr ist, anerkennt die Regierung sogar selber in ihrem heute angekündigten Entlastungsprogramm E08 an. Darin spricht sie davon, beim Personal keine weiteren Einsparungen beim Teuerungsausgleich etc. mehr vorzunehmen zu wollen. Dies bedeutet für die Zukunft zwar einen Ansatz zu einer vernünftigen Arbeitsmarktpolitik. Nach wie vor läuft jedoch das Sparprogramm MH06 weiter. Dieses Programm beinhaltet für die Arbeitnehmer/Innen für die Jahre 2008 und 2009 jedoch nach wie vor einen Lohnverzicht der übleren Sorte.

Über die Vereinigten Personalverbände...

Die Vereinigten Personalverbände (VPV) sind die Dachorganisation von 13 Berufsverbänden im Kanton Zürich mit insgesamt 20'000 Mitgliedern. Nach Personalrecht sind die VPV offizieller und einziger Verhandlungspartner der Regierung in Personalfragen. Sie vertreten die Interessen der 37'000 Angestellten des Kantons sowie der Angestellten in denjenigen Gemeinden und Institutionen, welche an das Kantonale Personalrecht und das Kt. Lohnsystem gekoppelt sind, also insgesamt von rund 70'000 Personen.

Die Vereinigten Personalverbände setzen sich konsequent dafür ein, dass die bewährten Dienstleistungen des Kantons Zürich erhalten bleiben, etwa in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Sicherheit. Gemeinsam wehren sie sich gegen eine Sparpolitik, welche die Arbeitsbedingungen des Staatspersonals ständig verschlechtert – deren Auswirkungen letztlich die gesamte Bevölkerung zu tragen hat.